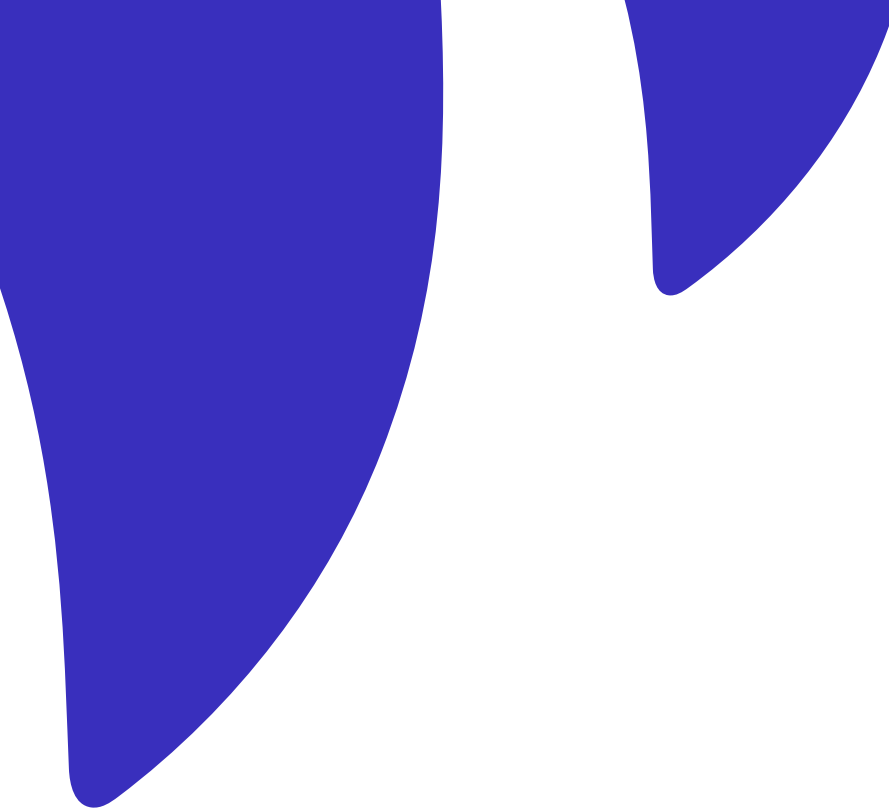




Auf verlorenem Posten

Können AfD-Wähler*innen mit progressiven
Wahlkampagnen erreicht werden?

Zusammenfassung

Es ist eine Kernfrage aktueller politischer Auseinandersetzungen mit der AfD: Lassen sich ihre Wähler*innen der extremen Rechten durch kurzfristige Kampagnen oder das Aufgreifen rechter Themen zurückgewinnen? Wir beleuchten diese Frage anhand aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse. Dabei zeigen wir, dass Menschen, die die AfD wählen, dies nicht aus Protest tun, sondern weil sie von populistischen und autoritären Überzeugungen geprägt sind. Sie teilen eine stark ablehnende Haltung gegenüber Migration, sind skeptisch gegenüber der Demokratie in der Bundesrepublik und weisen eine hohe Loyalität gegenüber der AfD auf. Insofern sind sie für kurzfristig platzierte demokratische Botschaften kaum empfänglich, sodass ein schnelles Zurückgewinnen nicht zu erwarten ist. Wie ist also mit diesen ernüchternden Befunden umzugehen, damit zumindest mittelfristig die extreme Rechte wieder an Boden verliert? Dafür machen wir abschließend vier Vorschläge:

Erstens: Nicht das Terrain der extremen Rechten bespielen. Die kontinuierliche Bearbeitung von AfD-Themen wie Migration stärkt die Partei, anstatt sie zu schwächen, da sie ihre wahrgenommene Kompetenz auch in anderen Politikfeldern erhöht.

Zweitens: Eigene Themen setzen. Demokratische Parteien und die Zivilgesellschaft sollten den politischen Diskurs auf ihre eigenen Stärken wie Sozialpolitik, Klimapolitik, Bildung oder Infrastruktur verlagern, statt auf dem Terrain der extremen Rechten zu agieren. Wichtig ist es, eine positive Gesellschaftsvision anzubieten.

Drittens: Keine reinen Negativkampagnen. Kampagnen, die sich direkt gegen die AfD richten, können nicht nur Gegner, sondern auch deren Unterstützer mobilisieren und das progressive Milieu demotivieren. Mängel und rechtsextreme Haltungen zu benennen ist wichtig, aber es müssen auch demokratische Alternativen angeboten werden.

Viertens: Konservative gezielt ansprechen. Da viele konservative Wähler*innen der AfD ebenso ablehnend gegenüberstehen wie progressive, ist der strategische Dialog mit demokratischen Konservativen wichtig. Demokratie und Pluralität können nur mit der Union gewonnen werden.



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	2
Die AfD - Erfolgsgeschichte der extremen Rechten	3
Die AfD und die Mobilisierung rechter Einstellungen	5
Populistisch und/oder autoritär	6
Demokratieverständnis und „Protestwahl“	7
Aktivierung populistischer Einstellungen	8
Nicht-AfD-Wähler*innen	11
Handlungsoptionen	12
Schlussbetrachtung	14
Literaturverzeichnis	15
Impressum	17

Einleitung

Die anhaltenden Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) stellen demokratische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen bereits heute vor massive Herausforderungen. Sollte es der AfD gelingen Regierungsämter zu übernehmen, so steht zu befürchten, dass die inzwischen als gesichert rechtsextrem geltende Partei, ähnlich wie vergleichbare Akteure in Polen, Ungarn und den USA, die Aushöhlung demokratischer Strukturen betreiben wird. Die Folgen für Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Menschenrechte wären schwerwiegend, das zeigt der Blick in die genannten Länder sehr deutlich. Diesem Szenario versuchen politische Parteien und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Deutschland vorzubeugen und den schon heute beobachtbaren Tendenzen entgegenzuwirken. Vielfach wurde in den letzten Jahren – längst nicht nur von progressiver Seite – der Anspruch erhoben, Wähler*innen der AfD zurückzugewinnen oder sie von der Wahl einer anderen Partei zu überzeugen. Hierfür wurden viel Zeit, Engagement und Ressourcen in kurzfristige Kampagnen, zumeist Wahlkampagnen, investiert.

Das vorliegende Working Paper ordnet mehr als zehn Jahre nach der Parteigründung und dem seither vollzogenen kontinuierlichen Aufstieg der AfD die Erfolgchancen solcher Kampagnen auf der Grundlage des aktuellen Forschungsstandes ein. Konkret steht folgende Frage im Mittelpunkt: Können Wähler*innen der AfD mittels kurzfristiger Ansprache ins demokratische Lager zurückgeholt werden? Die kurze Antwort hier bereits vorweg: wir denken, dass solchen Strategien kein Erfolg beschieden sein wird. Warum das so ist, legen wir im Folgenden dar. Dafür kontextualisieren wir in einem ersten Schritt den Erfolg der AfD, blicken dann auf Profil und Orientierungen der AfD-Wähler*innen und schließen dann mit einigen Überlegungen und Handlungsoptionen.

Die AfD - Erfolgsgeschichte der extremen Rechten

Mit der AfD hat sich in Deutschland erstmals in der Nachkriegsgeschichte eine rechtsextreme Partei im Bundestag etabliert. Dabei wurde die Partei im Februar 2013 zunächst als euro-skeptisch-konservative Formation gegründet. Aber schon zu ihrer Anfangszeit bot sie nicht nur rechtsradikalen, teils extremen Netzwerken eine Plattform (Häusler, 2013). Auch die Wahlerfolge der frühen AfD ließen sich bereits durch negative Einstellungen zur Migration (Schwarzbözl & Fatke, 2016), Ablehnung des politischen „Establishment“ sowie rechte Haltungen in gesellschaftspolitischen Fragen erklären (Berbuir et al., 2015) und offenbarten innerhalb der Wähler*innenschaft ein deutlich rechtsradikaleres, populistisches Profil, als das Programm der Partei in deren ersten Jahren zeigte. Dass die AfD im Zuge ihrer Radikalisierung ab spätestens 2015 ihr Wähler*innenpotenzial nicht nur halten, sondern auch

ausbauen konnte, überrascht vor diesem Hintergrund nicht.

Insbesondere seit der Bundestagswahl 2021 hat sich die Zustimmung zur AfD vervielfacht (Abbildung 1). Während der Corona-Pandemie ab März 2020 war die Partei zunächst ihres Kernthemas Migration verlustig geworden und hatte, auch aufgrund der Popularität der Maßnahmen zur Eindämmung, gegen die sie opponierte, kaum Tritt fassen können. Bei der Bundestagswahl 2021 musste die AfD Verluste von 2,2 Prozentpunkten hinnehmen und zog mit 10,4 Prozent in das Parlament ein. Auch bei den folgenden Landtagswahlen hatte sie zunächst einen Rückgang ihrer Stimmenanteile zu verzeichnen. Doch schon ein Jahr später konnte die Partei mit 11 Prozent erneut in den Landtag von Niedersachsen einziehen und dabei einen Zugewinn von 4,8 Prozentpunk-

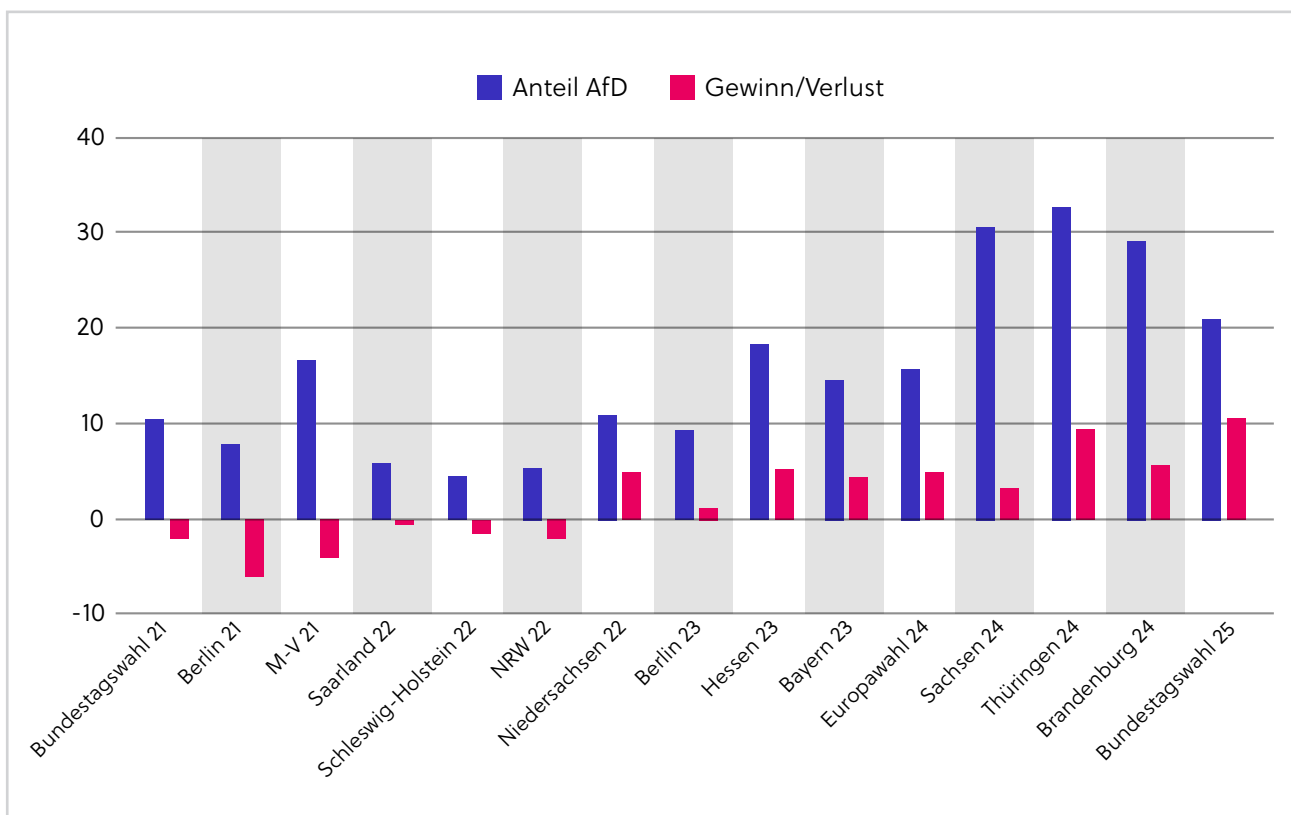


Abbildung 1: Gewinne/Verluste der AfD gegenüber der jeweils letzten Wahl seit 2021

Eigene Darstellung. Datengrundlage: Bundeswahlleiter

ten verzeichnen. Von da an gelang es der AfD, ihre Ergebnisse in allen folgenden Landtagswahlen zu steigern. Bei der Landtagswahl in Thüringen 2024 gewann sie 9,4 Prozentpunkte hinzu und kam auf insgesamt fast 33 Prozent; bei der Bundestagswahl 2025 erreichte sie Zugewinne von 10,4 Prozentpunkten und konnte damit ihren Stimmenanteil gegenüber 2021 verdoppeln. Nach der Bundestagswahl taxierten manche Umfragen die Rechtsextremen bei rund 25 Prozent und damit noch vor der CDU/CSU, die gerade in die Regierung eingetreten war. Die ostdeutschen Bundesländer stechen dabei durch besonders hohe Ergebnisse für die AfD hervor. Dennoch zeigen die Wahlergebnisse seit 2021 auch, dass die AfD kein rein „ostdeutsches“ Phänomen mehr ist (Mullis, 2025): In Hessen und Bayern erreichte sie jeweils Ergebnisse um beziehungsweise über 15 Prozent.

Angesichts dieses Erfolgskurses überrascht es nicht, dass Zivilgesellschaft, Politik und Medien sich mit der Frage auseinandersetzen, wie Wähler*innen von der AfD zurückgewonnen werden können. Die Frage ist deshalb so drängend, weil die AfD zum einen – aus Sicht der Parteien – eine Konkurrentin um Stimmen ist; zum anderen hat die AfD mehr und mehr ihren illiberalen Charakter offenbart und wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz im Frühjahr 2025 als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft. Dasselbe gilt für mehrere Landesverbände der Partei. Damit ist die Partei keine Konkurrentin wie jede andere, sondern steht im begründeten Verdacht, im Falle einer Regierungsbeteiligung den Charakter der liberalen Demokratie – Pluralismus, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit – zu beschädigen. Die Entwicklungen in Ungarn, Polen und den Vereinigten Staaten zeigen, dass die politische Rechte an der Macht die Gewaltenteilung einebnet, Migrant*innen und queere Menschen systematisch ausgrenzt und die Unabhängigkeit der Verfassungsgerichte beschneidet (Lewandowsky, 2025b). Die im AfD-Umfeld immer wieder geäußerten rassistischen Weltbilder, bis hin zu

Plänen systematischer Deportation von Menschen mit Migrationsgeschichte, offenbaren eine Ideologie, die den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, insbesondere der Menschenwürde, zuwiderläuft (Cremer, 2023). Aus dieser Perspektive ist die Verringerung des AfD-Wähler*innenpotenzials aus demokratiepolitischer Sicht geboten und steht im Interesse der demokratischen Zivilgesellschaft und aller Parteien des Verfassungsbogens.

Wie Wähler*innen zurückgewinnen?

Darum, ob und wie die Wähler*innen der AfD zurückzugewinnen sind, hat sich in Deutschland eine lebhafte Debatte entsponnen. Der Diskurs ist von verschiedenen Annahmen darüber geprägt, warum Menschen dieser Partei ihre Stimme geben und wie sie überzeugt werden können – und ein großer Teil dieser gerade in der politischen Arena formulierten Annahmen beruht noch immer auf Missverständnissen, Fehlinterpretationen und vermutlich auch politischem Kalkül. Mit anderen Worten: Die Frage nach Strategien im Umgang mit der AfD ist inzwischen selbst ein Politikum. Das wird vor allem dort deutlich, wo Parteien und andere politische Akteur*innen glauben, dass Wähler*innen durch das Bespielen von AfD-Themen gewonnen werden können. Vor allem die Migrationspolitik hat sich dabei zu einem vermeintlichen „Anti-AfD-Feld“ entwickelt, und insbesondere die Konservativen – aber auch Sozialdemokraten, teils sogar Grüne – tun sich mit restriktiven Vorhaben hervor. Dieser Strategie liegen zwei Überlegungen zugrunde.

- Zum einen geht man davon aus, dass die Wähler*innen der AfD grundsätzlich mindestens ebenso wechselbereit wären wie die anderer Parteien.
- Zum anderen wird vermutet, dass die AfD ihre Unterstützung vor allem aus ihren gesellschaftspolitischen Kernthemen generiert –

also zuvorderst dem Bereich „Migration“. Eng verbunden ist diese Sicht der Dinge mit der Vorstellung, Menschen entschieden sich für die AfD aus Protest. Daraus wird umgekehrt oft der Schluss gezogen, dass nur die Gründe für den Widerspruch beseitigt werden müssten, um die Wähler*innen ins demokratische Lager zurückzuholen.

Vor allem christdemokratische Parteien reagieren auf die rechten Herausforderer typischerweise damit, dass sie in der Migrationspolitik selbst nach rechts rücken (Bayerlein, 2021). Auch sozialdemokratische Parteien versuchen sich in dieser Strategie. Oftmals wird das dänische Beispiel angeführt. Dort rückten die Sozialdemokrat*innen vor der Wahl 2019 in der Asyl- und Migrationspolitik deutlich nach rechts. Tatsächlich konnten sie dadurch einen großen Teil der Wähler*innen der rechtspopulistischen Dansk Folkeparti gewinnen. Zugleich verlor die Sozialdemokratische Partei aber auch Stimmen an verschiedene andere Parteien im linken Spektrum. Dadurch gewan-

nen sie zwar die Wahl, mussten aber 0,4 Prozentpunkte Verluste hinnehmen. Dass die dänische Strategie manchen Beobachter*innen als Erfolg gilt, liegt daran, dass die Sozialdemokraten im Anschluss eine Regierung bilden konnten. Das allerdings hängt damit zusammen, dass Koalitionen in Dänemark bis zur jüngsten Regierungsbildung aus Sozialdemokraten, Moderaten und Konservativen in der Regel nur innerhalb des linken bzw. bürgerlichen Blocks gebildet wurden. Daher konnten die Sozialdemokraten ihre Stimmenverluste kompensieren. In Ländern mit offenerer Koalitionsbildung – wie etwa Deutschland – wäre diese Strategie riskanter. Angenommen, die SPD würde von der AfD Wähler*innen gewinnen und zugleich an die Grünen oder Die Linke verlieren, so könnten die Grünen eine Koalition mit der Union bilden. Die SPD würde in diesem Szenario in der Opposition landen. Hinzu kommt, dass die Wähler*innen der AfD ihrer Partei gegenüber vergleichsweise loyal sind – es wäre also ohnehin unwahrscheinlich, sie im großen Stil zurückzugewinnen.

Die AfD und die Mobilisierung rechter Einstellungen

Zu der Frage, wer die AfD wählt und warum, existiert inzwischen reichhaltiges Datenmaterial und umfassende Forschung. Trotzdem halten sich gewisse Klischees: für die einen ist die AfD eine reine „Protestpartei“, deren Unterstützer*innen ihr allein aus Unmut über die aktuelle Politik die Stimme geben und daher auch wieder für demokratische Alternativen zurückzugewinnen sein sollten. Für andere sind die AfD-Wähler*innen eingefleischte Rechtsextreme, die die Partei aus ideologischer Überzeugung wählen.

Empirisch zeigt sich ein komplexeres Bild. Hinsichtlich der sozialen Merkmale sind Wähler*innen der Partei überdurchschnittlich oft männlich, mittleren Alters und haben einen formal niedrigeren Bildungsabschluss. Gleichzeitig gilt, dass auch gut gebildete, wohlhabende und zunehmend auch junge Menschen

der Partei ihre Stimme geben. Ein wichtiger Faktor und damit gewichtiger als die effektive soziale Lage ist zudem die individuelle Einschätzung der sozialen Situation: Menschen, die entweder einen Abstieg erfahren haben oder sich stark davon bedroht fühlen, geben rechtsextremen Parteien eher ihre Stimme (Decker et al., 2024; Heitmeyer, 2018; Jacobs & Kayser, 2025). Auf der Ebene der politischen Einstellungen, um die es im Folgenden stärker gehen wird, sind Menschen, die die AfD wählen, zunächst tatsächlich überdurchschnittlich unzufrieden mit der Demokratie und dem, was sie als „herrschende Politik“ begreifen (Lewandowsky, 2025a: 38). Dabei handelt es sich aber nicht um schlichtes Unwohlsein. Vielmehr hängt diese Unzufriedenheit häufig mit – wenn auch vagen – Vorstellungen darüber zusammen, was Demokratie ist und wie sie

ausgestaltet sein sollte. In verschiedensten Studien konnte gezeigt werden, dass Menschen, die die AfD wählen, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung besonders starke populistische Einstellungen aufweisen (z.B. Lewandowsky & Wagner, 2023; Pesthy et al., 2021; Breeze, 2019; siehe auch Abbildung 2).

Populistisch und/oder autoritär

Unter „Populismus“ wird eine Orientierung verstanden, die Politik als Konflikt zwischen zwei Gruppen begreift: auf der einen Seite das „wahre“ Volk, die schweigende Mehrheit; auf der anderen Seite das vermeintlich korrupte, abgehobene politische Establishment – „die da oben“ (Mudde, 2004). Der krisenhafte Blick auf den demokratischen Status quo ergibt sich aus der Vorstellung, dass nur das demokratisch sei, was den Willen des „Volkes“ unverfälscht umsetzt. Kompromisse, langsame Entscheidungen, auch das Scheitern politischer Vorhaben werden dann auf das Versagen oder die böse Absicht der „Eliten“ zurückgeführt. Menschen mit populistischen Einstellungen befürworten die Demokratie dabei oftmals vordergründig und halten sich für die „wahren“ Demokrat*innen, während die herrschende Politik ihnen als von den Bedürfnissen der „normalen Leute“ entkoppelt erscheint (Lewandowsky, 2024). Populistische Parteien befeuern diese Perspektive, indem sie insinuieren, dass die Demokratie von den „Eliten“ ausgehöhlt werde. So heißt es im Grundsatzprogramm der AfD:

„Heimlicher Souverän ist eine kleine, machtvolle politische Führungsgruppe innerhalb der Parteien. Sie hat die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich eine politische Klasse von Berufspolitikern herausgebildet, deren vordringliches Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen Wohlergehen gilt. Es handelt sich um ein politisches Kartell, das die Schalthel der staatlichen Macht, soweit diese nicht an die EU übertragen worden ist, die gesamte

politische Bildung und große Teile der Versorgung der Bevölkerung mit politischen Informationen in Händen hat. Nur das Staatsvolk der Bundesrepublik Deutschland kann diesen illegitimen Zustand beenden.“ (AfD, 2016: 9)

Menschen mit populistischen Einstellungen sind nicht zwingend anti-demokratisch. Auch in den Reihen der AfD-Anhänger*innen hält der Großteil die Demokratie für eine gute Idee (rund 88 Prozent; zit. n. Lewandowsky 2024: 17). Aber als „demokratisch“ gilt Menschen mit populistischen Einstellungen vor allem die uneingeschränkte Herrschaft der Mehrheit (zu der sie sich selbst zählen), während sie die Repräsentation durch Parteien meist ablehnen (Zaslove & Meijers, 2024). Solche Einstellungen sind zunächst einmal nicht abhängig davon, ob eine Person sich im politischen Spektrum links oder rechts positioniert. Parteien wie die AfD, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die Partij voor de Vrijheid (PVV) in den Niederlanden werden jedoch großteils von Menschen gewählt, die eine spezifische Vorstellung davon haben, wer zum „wahren Volk“ gehört und wer nicht. Als „Insider“ sehen sie Angehörige ihrer eigenen ethnischen oder kulturellen Gruppe; als „Außenseiter“ erscheinen all jene, die nicht zu diesem „wahren Volk“ gehören. Das sind typischerweise Migrant*innen oder Asylbewerber*innen, aber auch queere Menschen. Diese Orientierung wird als „exkludierender Populismus“ (exclusionary populism) bezeichnet (Mudde & Rovira Kaltwasser, 2013).

Doch nicht nur Menschen mit populistischen Einstellungen unterstützen die AfD. Sie erhält auch Zulauf von denjenigen, die starke autoritäre Einstellungen aufweisen. Während Menschen mit populistischen Orientierungen die Demokratie, so wie sie selbst verstehen, befürworten, wünschen sich Autoritäre eine omnipotente politische Führungspersonlichkeit, die über alles schnell entscheiden und sich über institutionelle Schranken hinwegsetzen kann. Dieses hierarchische Denken ist nicht auf den Kernbereich der Politik beschränkt. Ihr Gesell-

schaftsbild beruht auf einer Ideologie der Ungleichheit, die oftmals mit rassistischem oder heteronormativem Denken einhergeht (Donovan, 2021).

Populismus und Autoritarismus sind unterschiedliche Einstellungen. Menschen, die populistisch eingestellt sind, können auch autoritär sein, aber sie müssen es nicht, und dasselbe gilt umgekehrt. Aber beide Gruppen haben eine höhere Neigung dazu, illiberale Politik zu unterstützen (Lewandowsky & Jankowski, 2023) und bilden damit ein Wähler*innenreservoir für die AfD. Hinzu kommt, dass sich im Nachgang der Corona-Pandemie und unter dem Eindruck staatlicher Eingriffe in das Privatleben – etwa auch im Zuge des Klimaschutzes – eine politische Orientierung herausgebildet hat, die autoritäre und liberale Sichtweisen miteinander vermählt (Amlinger & Nachtwey, 2022; Groß et al., 2023). Menschen mit solchen Einstellungsmerkmalen bestehen einerseits auf absolute individuelle Freiheit, die sie sowohl gegen staatliche (etwa im Bereich des Klimaschutzes) als auch gegen gesellschaftliche Regeln (im Sinne verantwortlichen Handelns) zu verteidigen suchen. Andererseits weisen sie deutliche autoritäre Züge auf: sie misstrauen demokratischen Institutionen, neigen Verschwörungserzählungen zu und goutieren starke Anführer wie Donald Trump oder Wladimir Putin, wenn sie in ihnen die Verteidiger ihrer eigenen Interessen sehen.

Demokratieverständnis und Protestwahl

Es sind aber nicht nur gegen die herrschende Politik gerichtete Haltungen, die die Unterstützung für die AfD nahren. Thematisch steht für die Wähler*innen der AfD das Thema Migration im Mittelpunkt. Menschen, die der AfD ihre Stimme geben, nehmen hier eine besonders ablehnende Position ein (Arzheimer & Berning, 2019). Schon frühe Arbeiten zur Bundestagswahl 2013 – also der „euroskep-

tischen Phase“ der Partei – konnten darüber hinaus zeigen, dass Sympathisant*innen der AfD auch bei anderen gesellschaftspolitischen Themen, etwa beim Adoptionsrecht für homosexuelle Paare, deutlich restriktivere Positionen einnehmen als die Wähler*innen anderer Parteien, einschließlich CDU/CSU (Berbuir et al. 2015). Damit zeigt sich, dass Menschen mit besonders konservativen Einstellungen sich schon früh im Wähler*innenfeld der AfD zu sammeln begannen.

Menschen, die die AfD wählen, tun dies seit den Anfangstagen der Partei bis heute also nicht einfach aus vagem Protest. Zwar spielt die Abwehr gegen „die da oben“ eine zentrale Rolle, aber diese Haltung speist sich eben teils aus populistischen, teils aus autoritären und verwandten Einstellungen. Genau diese Orientierungen greift die AfD in ihrer Rhetorik und ihrem Programm auf. Daher ist es auch nicht überraschend, dass die Wähler*innen der AfD gegenüber ihrer Partei besonders loyal sind. Während ein großer Teil der Wähler*innen in Deutschland bereit ist, mal für die eine, mal für die andere Partei zu stimmen, sind die meisten Wähler*innen der AfD kaum wechselbereit (Lewandowsky & Wagner, 2023). Das liegt nicht nur daran, dass sie mit der AfD im für sie besonders wichtigen Thema der Migrationspolitik so stark übereinstimmen, sondern erklärt sich auch aus ihren oftmals populistischen Einstellungen: Sie misstrauen dem „Establishment“ und sehen in der AfD die einzige Partei, die ihre Interessen gegen „die da oben“ vertritt. Das geht einher mit einem grundsätzlichen Unbehagen: Unter den Menschen, die mit der AfD sympathisieren, sie aber noch nicht wählen, glauben rund 53 Prozent, dass es nicht mehr möglich sei, die eigene Meinung frei zu äußern, während es unter Nicht-AfD-Sympathisant*innen lediglich etwas über 16 Prozent sind. Zudem ist unter AfD-Sympathisant*innen das Vertrauen in Politiker*innen äußerst gering: rund 35 Prozent geben an, Politiker*innen „überhaupt nicht“ zu vertrauen, während es unter Nicht-AfD-

Sympathisant*innen kaum 11 Prozent sind.¹

Versuche gerade konservativer Parteien, die extreme Rechte auf dem Terrain ihres „Gewinnerthemas“ zu stellen, sind deshalb in der Regel nicht von Erfolg gekrönt. Rücken sie nach rechts, gewinnen sie meist nicht viele Wähler*innen zurück. Im Gegenteil: Entweder sind gar keine Effekte nachweisbar, oder aber die Rechten gewinnen sogar noch Stimmen hinzu (Krause et al., 2023). Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass rechte Positionen und Rhetorik bei vielen Bürger*innen als satisfaktionsfähig gelten, wenn sie von Politiker*innen geäußert werden, die der „Mitte“ zuzuordnen sind, wohingegen sie abgelehnt werden, wenn sie aus den Reihen der extremen Rechten ins Spiel gebracht werden (Valentim et al., 2023). Im Umkehrschluss bedeutet das: Greifen etwa konservative Politiker*innen rechte Positionen auf, treiben sie zum einen die Erosion demokratischer Normen voran, zum anderen bereiten sie der extremen Rechten den Diskurs, indem sie deren Inhalte und Sprache normalisieren (Mullis, 2024: 310f).

Aktivierung populistischer Einstellungen

Mancher mag sich vorstellen, dass rechte Parteien durch gezielte Propaganda menschenfeindliche Einstellungen geradezu hervorrufen. Man kann dies als „Rattenfänger-Prinzip“ bezeichnen: Rechte Akteur*innen treten darin als Demagog*innen auf, die ihre Wähler*innen aufhetzen. Darin schwingt die Vorstellung mit, dass ihre Unterstützer*innen eigentlich etwas anderes wollen, sich aber durch die geschickte Kommunikation der Rechten verführen lassen.

Die vorangegangene Analyse der politischen Einstellungen zeigt, dass dieses Bild zu schlicht ist: Populistische, autoritäre und rechte gesellschaftspolitische Orientierungen sind unter den Wähler*innen der AfD deutlich ausgeprägt. Und wie die langen Zeitreihen der Mitte- sowie Autoritarismus-Studien seit den 2000er Jahren regelmäßig zeigen, sind diese rechtsextremen Potentiale auch schon lange vor der AfD in der Gesellschaft präsent gewesen (z.B. Brähler et al., 2016: 78). So kann nicht

Partei	Prozent
CDU/CSU	13,6
SPD	10,7
FDP	10,1
Die Grünen	1,0
Die Linke	1,9
AfD	60,6
Andere	2,1
Gesamt	1.048

Tabelle 1: Zweitstimme von AfD-Wähler*innen (2025) bei der Bundestagswahl 2021

Eigene Berechnungen. Daten: GLES (2025). Auf 100 fehlende Prozent: weiß nicht/keine Angabe/nicht zutreffend.

¹ Eigene Berechnungen. Daten: GLES (2025). Mit „Sympathisant*innen“ sind hier jeweils diejenigen Bürger*innen gemeint, die die AfD auf einer Skala von -5 bis +5 mit 3 oder höher bewerten.

von einer Form von Protest gesprochen werden, in denen eher moderate Wähler*innen das rechtsextreme Profil der Partei in Kauf nehmen, um der „herrschenden Politik“ einen Denkmittel zu verpassen. Eher ist es so, dass die extreme Rechte die in der Gesellschaft verbreiteten und hier zunehmend aktivierten extrem rechten Potentiale erfolgreich mobilisiert (Mullis, 2024). An diesen Befund schließt sich die Frage an, was dazu geführt hat, dass Menschen mit entsprechenden Einstellungen tatsächlich auch eine Partei wählen, die ein dazu passendes Programm vertritt. Da es sich bei den Unterstützer*innen der AfD nicht ausschließlich um Erstwähler*innen handelt, müssen diese also zuvor entweder eine andere Partei oder gar nicht gewählt haben.

Tabelle 1 schlüsselt auf, welche Partei Befragte, die 2025 ihr Kreuz bei der AfD setzten, bei der Bundestagswahl 2021 gewählt hatten. Sie zeigt also, aus welchen Wähler*innenmilieus die AfD 2025 ihre Unterstützer*innen rekrutieren konnte. Dabei zeigt sich im Einklang mit zahlreichen anderen Wahlanalysen, dass der Großteil der befragten AfD-Wähler*innen bei der vorangegangenen Wahl Union (13,6 Prozent der AfD-Wähler*innen), SPD (10,7 Prozent) oder FDP (10,1 Prozent) wählten. Grüne und Linke sind hingegen mit einem bzw. rund zwei Prozent abgeschlagen. Hier zeigt sich auch die Loyalität der AfD-Wähler*innen: Über 60 Prozent derjenigen, die sie 2025 wählten, gaben ihr auch schon 2021 die Stimme. Die AfD profitiert dabei von dem langfristigen Verlust der Bindewirkung etablierter Parteien. 2014 noch banden Union und SPD zusammen knapp 50 Prozent der Personen, die über rechtsextreme Einstellungen verfügten. Zwei Jahre später waren es bereits lediglich 26,4 Prozent (Brähler et al., 2016: 78).

Ein Schlüssel zur Frage, warum Menschen mit bestimmten politischen Orientierungen zur AfD gewechselt sind, könnte in der Salienz liegen, also in der wahrgenommenen Wichtigkeit bestimmter Themen. Über 83 Prozent

derjenigen Befragten, die 2025 die AfD gewählt haben, halten das Thema Zuwanderung für wichtig oder sehr wichtig (GLES 2025). Zum Vergleich: Bei Grünen-Wähler*innen sind es etwas mehr als 51 Prozent, bei jenen der SPD rund 61 Prozent. Klimapolitik halten hingegen nur rund 58 Prozent der AfD-Wählenden für (sehr) wichtig, während es bei SPD-Wähler*innen 78 Prozent, bei Unterstützer*innen der Grünen fast 93 Prozent sind.

Obwohl diese Messung nur einen bestimmten zeitlichen Ausschnitt abbildet, kann er im Lichte der Forschung doch als Evidenz dafür gedeutet werden, dass für viele Menschen bestimmte Themen, etwa Zuwanderung, Asyl und Integration, mit der Zeit wichtiger geworden sind – beziehungsweise sie durch die beständige Thematisierung auch wichtiger gemacht wurden. Denn wie volatil und abhängig von aktuellen Debatten solche Befragungen sind, verdeutlicht ein Blick in das Eurobarometer²: Die starke Präsenz der Klimadebatte im Jahr 2019, die Pandemie in den Jahren 2021 und 2022 und die Inflation im Jahr 2023 schlagen sich dort eindeutig in der Gewichtung der geteilten Sorgen nieder. Die Präsenz bestimmter Themen im politischen und medialen Raum, vor allem, wenn diese mit zum Teil restriktiven Einstellungen korrespondieren, wird dann auch politisch wichtiger und beeinflusst die Wahlentscheidung übermäßig stark.

Deutlich zu sehen ist sodann, dass die kontinuierliche, problemzentrierte Bearbeitung von Flucht, Asyl und Migration spätestens seit 2016 ihre Wirkung zeigt. Rechte Politik schafft sich immer auch ihre eigenen Feindbilder und verstetigt diese (Mullis, 2024: 185 ff.). Eine Schlüsselrolle in der Normalisierung rechten Narratives kommt hierbei den Medien zu (Bolet & Foos, 2025). Sie bearbeiten das Thema Migration in der Regel mit einem negativen Zungenschlag. Wird über das Thema gesprochen, so meist im Kontext von Krisen, Kriminalität oder sozialen Problemen (Maurer et al., 2021). Dies wiederum wirkt sich zum einen auf die Wahrnehmung von Migration innerhalb der

² Die Umfrageergebnisse finden sich hier: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/browse/all/series/4961> (zuletzt aufgerufen am 15.8.2025)

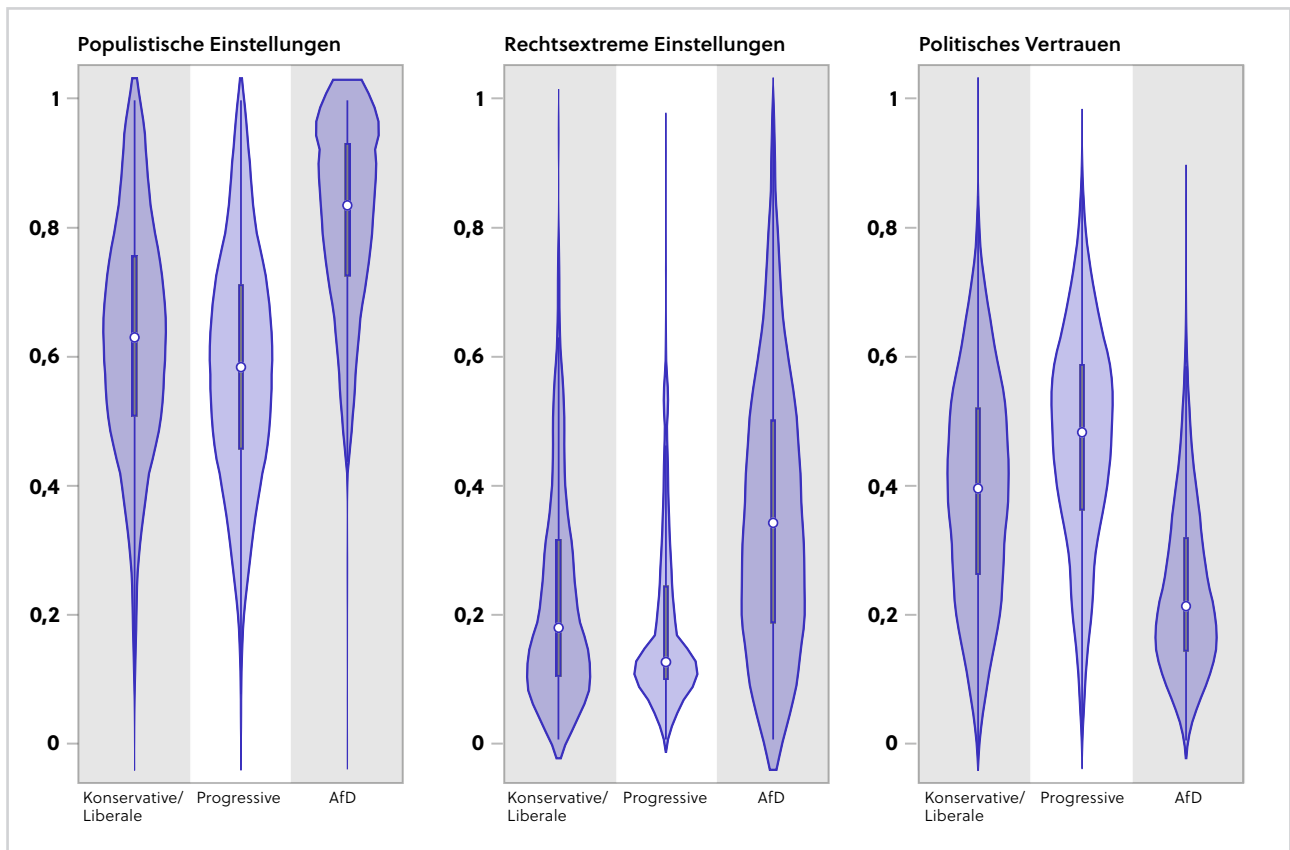


Abbildung 2: Einstellungen verschiedener Wähler*innengruppen im Vergleich

Eigene Berechnungen. Datengrundlage: GLES (2025)³

Bevölkerung aus; zum anderen wird dadurch der politische Diskursraum bereitet, in dem die Parteien ihre Strategien entwickeln. Wird das Thema „Migration“ also eher negativ verhandelt, werden die Parteien eher versuchen, diese Positionen zu bedienen – und dadurch Wähler*innen anzusprechen - anstatt den Diskurs zu verändern. Dass das Thema „Migration“ für AfD-Wähler*innen einen so hohen Stellenwert einnimmt, hängt neben verbreiteten fremdenfeindlichen und auch rassistischen Einstellungen unter anderem auch mit langfristigen Prozessen gesellschaftlicher Modernisierung und Liberalisierung zusammen (Norris & Inglehart, 2019). Seit den späten 1960er Jahren ist es in westlichen Staaten in zweierlei Hinsicht zu tiefgreifenden Veränderungen gekommen.

▪ Erstens hat sich ein umfassender Wertewandel vollzogen. Mit der Verbreiterung der Wohl-

standsbasis und der Ausweitung des Zugangs zum Bildungssystem ist es zur Herausbildung postmaterialistischer Wertvorstellungen gekommen. Selbstverwirklichung, Individualität, Identität haben gegenüber materieller Sicherheit und traditionellen Wertvorstellungen als Themen zunehmend an Bedeutung gewonnen. Damit einher ging die Liberalisierung des Mainstreams: So sind etwa sexuelle Orientierungen, die noch vor wenigen Jahrzehnten geächtet wurden und teils unter Strafe standen trotz aller weiterhin bestehenden Ungleichheiten weitestgehend normalisiert, und Aussagen und Handlungen, die noch Mitte des letzten Jahrhunderts normal waren, werden zunehmend problematisiert und teils skandalisiert.

▪ Zweitens kam es in etwa im selben Zeitraum zu großen Migrationsbewegungen. Die Neuankömmlinge, die etwa in Deutschland zu-

³ Die Grafik basiert auf Umfragedaten der GLES Rolling Cross-Section 2025. Dabei wurden mit Hilfe statistischer Verfahren (Faktoranalysen) Muster in den jeweiligen Antworten identifiziert, d.h. mehrere Aussagen, die auf jeweils gemeinsame Einstellungen hinweisen. Grundlage sind die Itembatterien zu den Themen „Populismus“ (sup060a-sup060f), „Rechtsextremismus“ (sup085a-sup085f) sowie „Vertrauen“ (sup017a-sup017i).

nächst als „Gastarbeiter“ nur kurze Zeit im Land verbleiben sollten, wurden sesshaft und brachten ihre Religionen und Traditionen mit. Lag der Anteil der Muslime etwa in Deutschland 1970 bei unter 0,2 Prozent, sind es 2025 um die 7 Prozent.

Gerade Menschen mit konservativen Wertvorstellungen fühlen sich durch diese Veränderungen häufig entfremdet und reagieren mit Skepsis, teils auch mit Ablehnung. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil Menschen mit einer zunehmend komplexen und krisenbehafteten Welt konfrontiert sind und in diesem Gefüge die Bereitschaft steigt, eigene Privilegien zu verteidigen. Entscheidend ist ein xenophober Mechanismus: Als „fremd“ wahrgenommene Gruppen werden darin als Konkurrenten um knappe gesellschaftliche Güter wie Arbeitsplätze oder wohlfahrtsstaatliche Gratifikationen empfunden (Lewandowsky, 2025b: 15f.). Gerade im Zuge der voranschreitenden Klimakrise und der sich verschärfenden Konflikte um Ressourcen, scheint für nicht wenige Abschottung als ein probates Mittel, um mit der Welt zurechtzukommen (Mullis, 2024: 313ff.). Menschen, denen es so geht, wählen aber nicht automatisch rechtsradikale oder rechtsextreme Parteien, sondern womöglich Konservative, teils auch Sozialdemokraten. Rechte Parteien profitieren jedoch über die Maßen von den aktuellen Krisenerfahrungen (Sthamer, 2018).

Nicht-AfD-Wähler*innen

Die Wähler*innen der AfD sind also durch spezifische Einstellungen zu Demokratie und Gesellschaft gekennzeichnet: Populismus und/oder Autoritarismus sowie negative Einstellungen zu Migration, Asyl und teils anderen gesellschaftspolitischen Themen. Zugleich weisen AfD-Unterstützer*innen eine vergleichsweise hohe Parteibindung auf. Aus Sicht demokratischer Kampagnen sind sie damit eine der am wenigsten erreichbaren Zielgruppen. Damit stellt sich die Frage, inwiefern und mit welchen Mitteln andere Wähler*in-

nenklientele im Kontext von Kampagnen gegen die AfD adressiert werden können. Es soll an dieser Stelle nicht darum gehen, die Unterstützer*innen aller Parteien außer der AfD detailliert nachzuzeichnen, sondern spezielle Segmente im Kontrast zur AfD zu untersuchen. Daher soll hier nur zwischen konservativen bzw. liberalen Wähler*innen (CDU/CSU bzw. FDP) einerseits und Wähler*innen progressiver bzw. linker Parteien (SPD, Grüne, Die Linke) andererseits unterschieden werden.

In drei Schlüsselorientierungen zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Wähler*innen der AfD und konservativ/liberalen bzw. progressiven Wähler*innen. Dass es Überschneidungen gibt, ist nicht überraschend; entscheidend ist, dass es jeweils zwischen 50 Prozent der Angehörigen der Gruppen kaum Überlappungen gibt. Menschen, die bei der Bundestagswahl 2025 die AfD gewählt haben, sind zum einen durch populistische Einstellungen gekennzeichnet. Diese sind auch in den anderen beiden Gruppen relativ hoch, liegen im Vergleich jedoch wesentlich niedriger. Zwischen konservativen/liberalen und progressiven Wähler*innen lassen sich hingegen kaum Unterschiede ausmachen. Wenig überraschend fällt der Befund bei rechtsextremen Einstellungen noch deutlicher aus. Diese sind bei progressiven Wähler*innen sehr gering, bei konservativ/liberalen Wählern leicht höher und bei AfD-Wähler*innen teils vergleichsweise stark ausgeprägt, wenngleich mit hoher Streuung. Zuletzt ist das Vertrauen in die Politik bei den Wähler*innen der AfD besonders gering, während sich in den beiden anderen Gruppen eher mittlere und leicht höhere Werte verzeichnen lassen. Hinzu kommt, dass die AfD in beiden Wählergruppen sehr unbeliebt ist. Unter Konservativen/Liberalen geben rund 61 Prozent an, „überhaupt nichts“ von ihr zu halten; unter Progressiven sind es 87 Prozent. Demgegenüber finden sich unter Konservativen/Liberalen lediglich nur etwas über 5 Prozent, die deutlich mit der AfD sympathisieren (Progressive: rd. 1,2 Prozent)⁴.

⁴ Daten: GLES 2025

Diese Analyse ließe sich mit einer ganzen Reihe von Orientierungen fortsetzen. Entscheidend ist, dass auch hier sichtbar wird, dass populistische und rechte Einstellungen sowie geringes Vertrauen für die AfD-Wähler*innenschaft tatsächlich charakteristisch sind. Umgekehrt nehmen sowohl konservative/liberale als auch progressive Wähler*innen hier jeweils gemäßigte Positionen ein.

Handlungsoptionen

Diese Befunde deuten darauf hin, dass die Wähler*innen der AfD kaum noch durch kurzfristige Wahlkampagnen zurückzugewinnen sind. Erstens verfügen sie über besonders ausgeprägte Positionen zu Kernthemen der AfD wie Demokratie und Migration, zweitens ist ihre Ablehnung der „Etablierten“ besonders groß. Drittens werden xenophobe Einstellungen oft durch langfristige soziale bzw. ökonomische Krisenwahrnehmungen genährt, die nur schwer kurzfristig abgemildert werden können. Es zeigt sich auch, dass die lange vertretene Vorstellung, es genüge, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, damit sich das Problem der extremen Rechten erledige, nicht mehr trägt. Die schweigende Mehrheit, die ihre Stimme nicht abgibt und gerne als demokratische Mehrheit gedeutet wurde, ist allzu oft empfänglich für rechtsextreme Ansprache (Heitmeyer, 2018: 186ff.).

Der Zuspruch zur AfD bleibt ungebrochen. Gerade mit Blick auf die kommenden Urnengänge 2026, insbesondere die Landtagswahlen in Berlin, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, stellt sich die Frage, welche Handlungsempfehlungen sich für politische Kampagnen aus den oben dargelegten wissenschaftlichen Befunden zur AfD-Wähler*innenschaft ableiten lassen. Wie also umgehen mit diesen kurzfristig ernüchternden Befunden, damit zumindest mittelfristig die extreme Rechte wieder an Boden verliert? Vier

Das untermauert, dass AfD-Wähler*innen und Nicht-AfD-Wähler*innen in Schlüsselfragen durch distinkte Positionen gekennzeichnet sind und macht nachvollziehbar, wieso es die AfD vermag, ihre Unterstützer*innen in großer Zahl langfristig an sich zu binden, es den demokratischen Parteien jedoch schwer fällt, AfD-Wähler*innen zurückzugewinnen.

unterschiedliche Handlungsoptionen erscheinen vor diesem Hintergrund realisierbar. Diese richten sich auf zivilgesellschaftliche Kampagnen, sind ihrer Logik nach aber auch auf die Wahlkämpfe politischer Parteien übertragbar.

Erstens: Nicht das Terrain der extremen Rechten bespielen

In den vergangenen Jahren war oft zu hören, dass die Politik das Thema Migration lösen müsse, damit die AfD an Einfluss verliere. Diese Meinung wurde nicht nur von der CDU, sondern auch von der SPD, der FDP und den Grünen vertreten. Die seit bald zehn Jahren wiederkehrenden restriktiven Migrationsdebatten und die kontinuierlichen realpolitischen Verschärfungen haben die AfD und ihre Narrative gestärkt. Es scheint aus zwei Gründen verlockend, die Themen der AfD – insbesondere Migration – aufzugreifen: Zum einen können Konservative darin eine Möglichkeit sehen, deren Wähler*innen in einem gesellschaftlichen Kernthema anzusprechen. Andererseits können Progressive versuchen, die Themen neu zu kontextualisieren, um den rechten Spin, den gesellschaftliche Themen im Diskurs haben, zu stoppen und zurückzudrehen.

Beides ist jedoch angesichts der hier dargelegten Hintergründe nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Die kontinuierliche Bearbeitung von Themen der extremen Rechten stärkt

diese und erhöht die ihr zugeschriebene Kompetenz auch in anderen Politikfeldern. Einfach ausgedrückt scheint es so zu sein, dass Anhänger*innen der AfD sich denken: Wenn alle Parteien in Sachen Migration ihrer Partei zustimmen, dann hat sie wahrscheinlich auch in anderen Bereichen recht. Das führt in einen Teufelskreis. Wie sehr die AfD danach strebt, auch in anderen Politikfeldern als kompetent wahrgenommen zu werden, macht ein jüngst veröffentlichtes Strategiepapier der AfD deutlich. So will die Partei explizit auch im Bereich Wirtschaft als kompetent wahrgenommen werden, um so die Union stärker unter Druck setzen zu können.

Zweitens: Eigene Themen setzen

Nicht nur, aber gerade in Zeiten des Wahlkampfes und der damit verbundenen erhöhten Aufmerksamkeit für politische Grundsatzthemen ist es absolut zentral, eigene Inhalte zu setzen und dies gerade in Bereichen, in denen die extreme Rechte nicht agiert. Der politische Diskurs sollte abseits des Terrains der extremen Rechten geführt werden. Möglich wäre eine verstärkte Fokussierung auf Sozialpolitik, Klimapolitik, Bildungspolitik oder Infrastrukturpolitik sowie insgesamt alltagsrelevante Bereiche, in denen Menschen Politik und damit verbundenen Gerechtigkeitsansprüche unmittelbar erfahren und sehen (Abou-Chadi et al., 2024; Heider et al., 2025; Mullis, 2024). Dies bedeutet, dass die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft auch vor Ort in Kleinstädten, Dörfern und peripheren Stadtteilen geführt werden muss. Ressourcenstarke Organisationen können hier einen Beitrag dazu leisten, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen vor Ort Gewicht entfalten und sich gesehen fühlen – was in der Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.

Von kaum etwas profitiert die extreme Rechte heute so sehr wie von Frustration und Zukunftsängsten. Es ist daher wichtig, den rechten Populismus in progressiver Kommunikation zu deaktivieren. Auch hier gilt es, das Feld

der Auseinandersetzung um Gesellschaft zu verschieben: Weg vom einfachen Wir gegen Die. Forschung zeigt deutlich: Entscheidend ist nicht allein, welche Einstellungen Menschen etwa zur Migration haben, sondern ob die Wahrnehmung bestehender Krisen, Gefahren und sozialer Unwuchten dazu führen, dass diese für ihre Wahlentscheidung bedeutsam sind. Anstatt explizit gegen die AfD zu arbeiten, scheint uns erfolgversprechender eine Gesellschaftsvision einer guten Zukunft anzubieten, in der die extreme Rechte keinen Raum hat. Das bedeutet aber sehr wohl anti-demokratische, fremdenfeindliche und homophobe Positionen klar zu benennen und zurückzuweisen - ignorieren darf man die extreme Rechte nicht. Der Vorteil einer Ansprache, die auf eigene Inhalte setzt, liegt darin, dass demokratische Wähler*innen angesprochen und in ihren Haltungen bestärkt werden. Kurzfristig mag dies wenig Erfolge gegen die AfD bringen, mittel- und langfristig jedoch werden ihre Stimmenanteile wieder sinken. Kampagnen, die progressive Inhalte stärken, können (und müssen) die extreme Rechte bremsen. Und das wäre schon viel.

Drittens: Negativkampagnen sind riskant

Eng verbunden mit dem zweiten Punkt ist das Plädoyer, auf Negativ-Kampagnen zu verzichten, weil Kampagnen, die sich gezielt negativ aufgeladen gegen die AfD richten, nicht nur Gegner*innen der Partei, sondern auch deren Unterstützer*innen mobilisieren. Zu den Ursachen zählt hier die dort ohnehin stark ausgeprägte Mentalität von „Wir gegen die“. Die Forschung legt nahe, dass der AfD noch ein Reservoir potenzieller Wähler*innen zur Verfügung steht, das über gezielte Kampagnen gegen die Partei mobilisiert werden kann. Außerdem könnte es sein, dass negative Kampagnen auf das progressive Milieu selbst demotivierend und im schlimmsten Fall gar demobilisierend wirken, wenn sich über das gezeichnete Bild ein Gefühl der Hoffnungs-

und Machtlosigkeit einstellt. Trotzdem können Kampagnen die Unbeliebtheit der AfD in den meisten Wähler*innenmilieus für sich nutzen. Auch, wenn das Risiko der Gegenmobilisierung besteht, könnte dies für eine Strategie sprechen, die den Charakter der AfD als rechtsextreme Partei noch stärker in den Mittelpunkt stellt – falls dies durch eine klare Antwort und tragfähige eigene Perspektiven ergänzt wird. Gleichzeitig ist Vorsicht geboten.

Schlussbetrachtung

Sind die Wähler*innen der AfD für demokratische Kampagnen noch erreichbar? Unsere Analyse hat gezeigt, dass es unwahrscheinlich ist, AfD-Unterstützer*innen zurückzugewinnen. Denn sie wählen die Rechtsextremen nicht nur aufgrund der Migrationspolitik, sondern auch, weil sie der etablierten Politik misstrauen und glauben, dass der Wille des sogenannten „wahren Volkes“, zu dem sie sich selbst zählen, zurückerobert werden müsse. Diese Orientierungen begünstigt die AfD. Versuche, sich ihr thematisch anzunähern, führen lediglich dazu, dass ihre Positionen in den politischen Mainstream einsinken und die Partei noch attraktiver wird.

Ein Schlüssel zur Ansprache von AfD-Wähler*innen liegt daher womöglich nicht in den vordergründig wichtigen Themen wie Asyl oder Migration, sondern in den Faktoren, die dazu geführt haben, dass diese Themen in den Vordergrund gerückt sind. Rechtspopulistische Einstellungen werden den Menschen durch Parteien wie die AfD nicht aufgedrängt. Sie wachsen im Kontext langfristiger Krisen, Entfremdungsprozessen und realen sozialen Schieflagen und Entwertungserfahrungen. Zugespielt könnte man sagen: Hinter der Xenophobie, die in der als bedrohlich wahrgenommenen Gruppe der „Fremden“ die Konkurrenz um knappe soziale und ökonomische Güter wähnt, steht die Wahrnehmung, dass diese Güter ungleich verteilt sind. Der Erfolg der Rechten besteht darin, diese Wahrneh-

Es droht eine Entwertung von Schlagworten wie „rechtsextrem“ oder „anti-demokratisch“, wenn sie in Kampagnen übernutzt werden – viele, einschließlich Nicht-AfD-Wähler*innen, können nicht eindeutig benennen, was diese Begriffe meinen und wieso sie auf die AfD zutreffen. Extremismusvorwürfe, obschon durch Verfassungsschutz und Gerichtsentscheide juristisch belegt, laufen Gefahr, sich abzunutzen.

mung auf marginalisierte Gruppen zu lenken. Für demokratische Politik empfiehlt es sich nicht, diese Erzählung zu imitieren. Ebenso ist es unwahrscheinlich, Menschen mit rechten und populistischen Einstellungen mit moralischen Argumenten zu überzeugen.

Krisen und soziale Verwerfungen sind die Ursache für den Erfolg der Rechten. Es gilt, dort anzusetzen. Das Ziel ist es nicht, die rechten Orientierungen der AfD-Wähler*innen zu bedienen oder zu verändern, sondern langfristig zu deaktivieren. Der Schlüssel liegt demnach nicht in der Migrations-, sondern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik; bei der Versorgung, der Infrastruktur und im Wohnungsmarkt. Entfallen diese kritischen Probleme, verfällt langfristig der Nährboden der extremen Rechten.

Dabei handelt es sich allerdings nicht um Lösungsansätze, die kurzfristig Erfolg versprechen. Vielmehr geht es für zivilgesellschaftliche Kampagnen darum, langfristig auf eine Veränderung des politischen Diskurses hinzuwirken: weg von der permanenten Bearbeitung von Themen, die die Rechtsextremen stärken, hin zu wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen, in denen die AfD kein issue ownership besitzt. Weil sich hier die Parteien auch hinreichend unterscheiden, könnte es gelingen, über thematische Polarisierung Unterscheidbarkeit und Wettbewerb zu fördern - und die extreme Rechte dabei außen vor zu lassen.

Literatur

- Abou-Chadi, Tarik; Cohen, Denis; Kurer, Thomas (2024): Rental Market Risk and Radical Right Support. In: *Comparative Political Studies*. DOI: 10.1177/00104140241306963.
- AfD (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016, Berlin.
- Amlinger, Carolin; Nachtwey, Oliver (2022): *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Arzheimer, Kai; Berning, Carl (2019): How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. In: *Electoral Studies* 60, 102040.
- Bayerlein, Michael (2021): Chasing the Other „Populist Zeitgeist“? Mainstream Parties and the Rise of Right-Wing Populism. In: *Politische Vierteljahresschrift* 62, S. 411–433.
- Berbuir, Nicole; Lewandowsky, Marcel; Siri, Jasmin (2015): The AfD and its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany? In: *German Politics* 24 (2), S. 154–178.
- Bolet, Diane; Foos, Florian (2025): Media Platforming and the Normalisation of Extreme Right Views. In: *Brit. J. Polit. Sci.* 55. DOI: 10.1017/S0007123425000195.
- Brähler, Elmar; Kiess, Johannes; Decker, Oliver (2016): Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016. In: Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (Hg.): *Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland: die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 67–94.
- Breeze, Ruth (2019): Positioning “the people” and Its Enemies: Populism and Nationalism in AfD and UKIP. In: *Javnost - The Public* 26 (1), S. 89–104.
- Cremer, Hendrik (2023): *Warum die AfD verboten werden könnte. Empfehlungen an Staat und Politik*. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Decker, Oliver; Kiess, Johannes; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (Hg.) (2024): *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen: Leipziger Autoritarismus Studie 2024*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Donovan, Todd (2021): Right populist parties and support for strong leaders. In: *Party Politics* 27 (5), S. 858–869.
- GLES (2025): *GLES Rolling Cross-Section 2025 (ZA10101; Version 1.0.0) [Data set]*. GESIS, Köln.
- Groß, Eva; Hövermann, Andreas; Nickel, Amelie (2023): Entsicherte Marktförmigkeit als Treiber eines libertären Autoritarismus. In: Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hg.): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz, S. 243–257.
- Häusler, Alexander (2013): *Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung*. Heinrich-Böll-Stiftung: Düsseldorf.
- Heider, Bastian; Novack, Tessio; Scheunert, Pauline; Scholz, Benjamin (2025): *Antidemokratische Wahlerfolge im ungleichen Deutschland. Demokratiestützende Aspekte der Daseinsvorsorge*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Jacobs, Alan M.; Kayser, Mark A. (2025): Downward Mobility and Far-Right Party Support: Broad Evidence. In: *Comparative Political Studies*. DOI: 10.1177/00104140251349663.

- Krause, Werner; Cohen, Denis; Abou-Chadi, Tarik (2023), Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. In: *Political Science Research and Methods* 11(1), S. 172-179.
- Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2019): *Wie Demokratien sterben*. München: Pantheon.
- Lewandowsky, Marcel (2024): *Was Populisten wollen. Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Lewandowsky, Marcel (2025a): *Ausgrenzung oder Anpassung? Zum Umgang mit populistischen Parteien*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 6-7, S. 37-42.
- Lewandowsky, Marcel (2025b): *Die globale Rechte. Geschichte, Erfolgsbedingungen, Auswirkungen*. München: C.H. Beck Wissen.
- Lewandowsky, Marcel; Jankowski, Michael (2023): *Sympathy for the devil? Voter support for illiberal politicians*. In: *European Political Science Review* 15(1), S. 39-56.
- Lewandowsky, Marcel; Wagner, Aiko (2023): *Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany*. In: *Representation* 59(3), S. 485-512.
- Maurer, Marcus; Jost, Pablo; Kruschinski, Simon; Haßler, Jörg (2021): *Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration*. Institut für Publizistik der Universität Mainz/Stiftung. Mainz: Mercator.
- Mudde, Cas (2004): *The Populist Zeitgeist*. In: *Government and Opposition* 39(4), S. 541-563.
- Mudde, Cas; Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2013): *Exclusionary vs. Inclusionary Populism: In: Comparing Contemporary Europe and Latin America*. *Government and Opposition* 48(2), S.147-174.
- Mullis, Daniel (2024): *Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten. Die Regression der Mitte*. Ditzingen: Reclam.
- Mullis, Daniel (2025): *Rechtsextremismus, Raum und die Geographie. Räumliche Dimensionen extrem rechter Ideologie und Praxis sowie deren Analyse*. In: Virchow, Fabian; Hoffstadt, Anke; Heß, Cordelia & Häusler, Alexander (Hg.): *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Norris, Pippa; Inglehart, Ronald (2019): *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Pesthy, Maria; Mader, Matthias; Schoen, Harald (2021): *Why Is the AfD so Successful in Eastern Germany? An Analysis of the Ideational Foundations of the AfD Vote in the 2017 Federal Election*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 62, S. 69-91.
- Schwarzbözl, Tobias; Fatke, Matthias (2016): *Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD*. In: *Politische Vierteljahresschrift* 57(2), S. 276-299.
- Sthamer, Evelyn (2018): *Die AfD-Wahl als Antwort auf Statusängste? Zum Einfluss ökonomischer Deprivation und Zukunftsorgen auf AfD-Wahlabsichten*. In: *Zeitschrift für Sozialreform* 64(4), S. 563-591.
- Valentim, Vicente; Dinas, Elias; Ziblatt, Daniel (2023): *How Mainstream Politicians Erode Norms*. OSF Preprints, 27. Juni. DOI: 10.31219/osf.io/mjbnf_v1.
- Zaslove, Andrej & Meijers, Maurits (2024): *Populist Democrats? Unpacking the Relationship Between Populist and Democratic Attitudes at the Citizen Level*. In: *Political Studies* 72(3), S. 1133-1159.

Impressum

CAMPACT!
Bewegt Politik



Text: Der TTRex arbeitet daran, das Wissen über das Erstarken der extremen Rechten von der Forschung zu denjenigen Menschen zu bringen, die sich unermüdlich für den Schutz unserer Demokratie einsetzen. Darum bringen wir Forscher*innen und Engagierte zusammen und machen wissenschaftliche Arbeiten für die Zivilgesellschaft zugänglich. Zivilgesellschaftliches Engagement braucht fundierte Daten und Fakten, um Ressourcen wirksam einzusetzen und dem Rechtsruck Aktivitäten entgegenzustellen, die demokratische Räume und ein respektvolles Miteinander stärken. Unser Ziel: Eine lebendige und vielfältige Zivilgesellschaft, in der sich Menschen aktiv für unsere Demokratie einsetzen – und dabei die aktuellste Forschung an ihrer Seite wissen.



@compact.de



Compact e.V.



@compact.bsky.social

www.compact.de
www.ttrex.de
ttrex@compact.de

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des TTRex auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet. © Compact, 2025

Veröffentlicht im September 2025

V.i.s.d.P. Felix Kolb, C/o Friedrichstr. 155, 10117 Berlin

Mitarbeit: Victoria Gulde, Marcel Lewandowsky, Daniel Mullis, Miriam Schader
Lektorat: Tim Müßle